

In der Ruhe liegt der Frieden

VON MORITZ DÖBLER

Wie gefährlich ist die Lage? Diese Frage stellt sich in den fast neun Monaten seit der Großinvasion Russlands in der Ukraine immer wieder neu. Die Nato-Staaten liefern Waffen, aber wollen auf keinen Fall Kriegspartei werden. Ein Atomkrieg muss vermieden werden. Aber was, wenn Wladimir Putin Polen angriffe, wie es das Nato-Land im Osten schon lange befürchtet? Dann wäre es der Bündnisfall, bei dem alle anderen für den einen Partner einstehen.

Die Berichte von den zwei russischen Raketen, die angeblich auf polnischem Gebiet eingeschlagen sind, lösen daher naturgemäß weitreichende Ängste aus. Dass sowohl Polen als auch die USA mit Bedacht reagieren, ist ein wichtiges Signal. Es spricht viel dafür, dass es fehlgeleitete Raketen waren, die eigentlich auf dem Territorium der Ukraine niedergehen sollten. Das Horror-Szenario des Kalten Krieges, dass ein Versehen, ein Irrtum zum atomaren Schlagabtausch führt, der sich nicht stoppen lässt, scheint vorerst abgewendet zu sein.

Aber selbst, wenn sich diesmal Entwarnung andeutet, ist die Gefahr nicht gebannt. Der Krieg in der Ukraine könnte sich aus vergleichsweise nichtigen Anlässen ausweiten, wie die aktuelle Nachrichtenlage eben nur zu deutlich zeigt. Hinzu kommt aber: Wer rote Linien überschreitet, wie es Russland mit dem Ukraine-Feldzug getan hat, wer diese roten Linien offensichtlich auch bewusst testet, drängt sich nicht als Verhandlungspartner auf.

Es ist also zum einen die Ruhe, in der die Kraft liegt, die es für den Frieden braucht. Zum anderen muss der Westen wie bisher beherzt an der Seite der Ukraine stehen und auch andere Nationen überzeugen. Dafür war der G20-Gipfel auf Bali ein gutes Signal: Das Abschlussdokument verurteilt den russischen Angriffskrieg und soll mit großer Mehrheit verabschiedet werden.

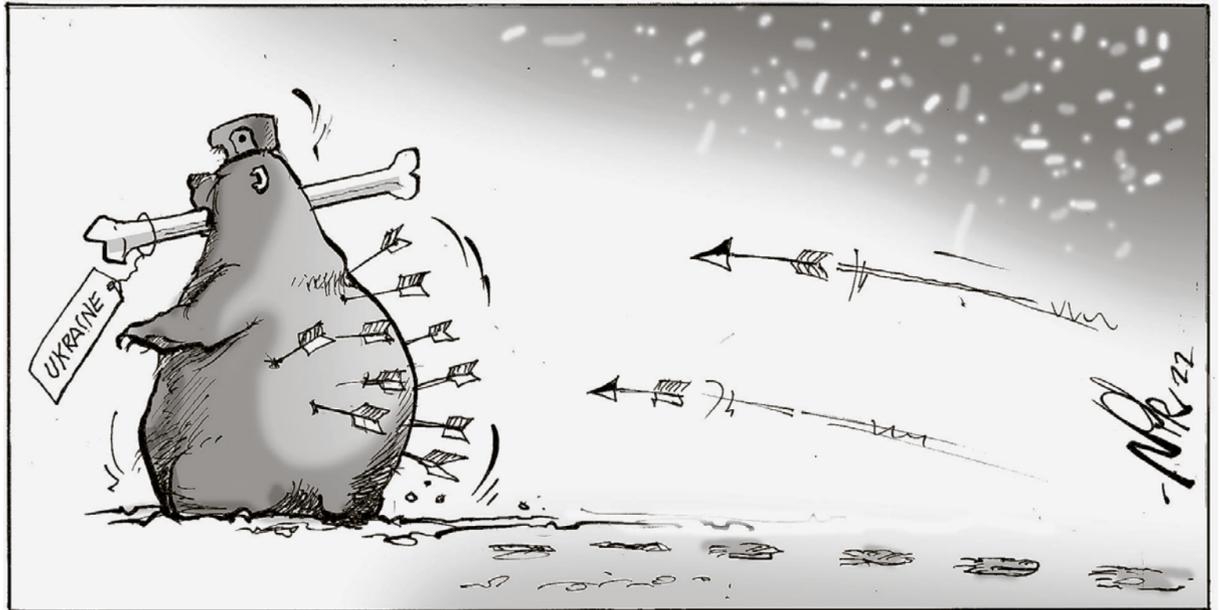
NRW-Polizei könnte Vorreiter werden

VON CHRISTIAN SCHWERDTFEGER

Als vor einigen Jahren nach einem neuen Modell für den stark kritisierten BMW als Streifenwagen für die Polizei in Nordrhein-Westfalen gesucht worden ist, hat der Fokus besonders auf Ladekapazitäten im Kofferraum gelegen. Das Thema Antrieb spielte bei der Auswahl eher eine untergeordnete Rolle; dabei stand der Diesel infolge des Abgasskandals auch zu diesem Zeitpunkt bereits erheblich in der Kritik. Dennoch entschied man sich für ihn als Antrieb für den schließlich ausgewählten S-Max von Ford als neuen Streifenwagen. Nun, nur drei Jahre später, steht fest: Der S-Max muss ausgemustert werden, weil ihn der Hersteller bald nicht mehr produziert; Hunderte Fahrzeuge müssen in der Folge für rund 20 Millionen Euro ausgetauscht werden.

Damit eröffnet sich aber jetzt unerwartet die große Chance für die nordrhein-westfälische Polizei, ihre Fahrzeugflotte bereits heute schon an das beginnende Elektromobilitätszeitalter anzupassen. Das soll aber natürlich nicht heißen, dass es nur noch E-Fahrzeuge bei der Polizei geben soll – aber deutlich mehr als bislang. 2035 wird voraussichtlich ohnehin Schluss sein für die Neuzulassung von Verbrennern.

Es spricht nichts dagegen, die Kreispolizeibehörden nach und nach mit entsprechender Infrastruktur wie Ladestationen auszustatten. Noch sind E-Fahrzeuge bei der Polizei nicht im Streifendienst im Einsatz – sondern meist bei Dienst- und Botenfahrten. Die NRW-Polizei sollte daher ein Pilotprojekt ins Leben rufen und E-Autos im Einsatzgeschehen testen – und somit vor die Lage kommen. Damit könnte die Behörde bundesweit und vielleicht sogar international eine Vorreiterrolle einnehmen. Für eine solche Testphase spricht auch, dass eine Streifenwagenbesatzung pro Schicht im Durchschnitt 100 Kilometer zurücklegt. Das können E-Autos auch schon heute.



G20

RP-KARIKATUR: NIK EBERT

ANALYSE Der Winter wird den Krieg in der Ukraine zunehmend verlangsamen. Eine Waffenpause ist aber unwahrscheinlich. Schon in früheren Zeiten mussten Soldaten leidvolle Erfahrungen mit „Väterchen Frost“ machen.

Kampf in der Kälte

VON HELMUT MICHELIS

Gefrierfleisch-Orden“ nannten die deutschen Soldaten mit sarkastischem Humor die Medaille „Winterschlacht im Osten“. Sie wurde ihnen 1942 im Zweiten Weltkrieg „für die Bewährung im Kampf gegen den bolschewistischen Feind und den russischen Winter“ verliehen. Das Wetter als Hauptgegner ist eine Bedrohung, die jetzt auch im Krieg in der Ukraine bevorsteht – für beide Seiten. Der russische Rückzug aus der Region Cherson erfolgte mutmaßlich genau aus diesem Grund: Die umzingelten Verbände wären in dem Brückenkopf westlich des Flusses Dnipro bald isoliert und verloren gewesen.

An das Grauen von Stalingrad 1943 denkt man angesichts dieser Nachrichten. Die Einkesselung der deutschen 8. Armee kostete beide Kriegsgegner weit mehr als zwei Millionen Tote und Verwundete und brachte an der Ostfront die Wende. Gleich zweimal hat das Wetter in der heute wieder umkämpften Region eine wichtige Rolle gespielt: Nicht nur beim Überfall der Wehrmacht, sondern auch beim Angriff von Napoleons „Großer Armee“ 1812. Sie besetzte zeitweise Moskau, wurde dann aber, nicht zuletzt durch Erfrierungen und Krankheiten, fast völlig vernichtet.

Schneefälle und tiefer Frost erschweren bis heute militärische Operationen, noch hinderlicher ist jedoch die „Rasputiza“ (Russisch für „Wegelosigkeit“) in diesem weiten und meist flachen Land. Diese Schlammperiode auf dem Gebiet der Ukraine, Belarus' und Russlands tritt im Herbst durch starke Regenfälle und im Frühjahr durch das Tauwetter regelmäßig auf. Der Schwerpunkt liegt im Dreieck Kiew – Sankt Petersburg – Moskau: Fahrzeuge kommen nur noch auf festen Straßen voran. Die Bundeswehr musste bei ihren ersten

Manövern im Baltikum die Erfahrung machen, dass ihre Radpanzer bei diesem Wetter im Gelände regelrecht am sumpfigen Boden festklebten. Weiter noch in Richtung Osten, so Erfahrungen aus dem Weltkrieg, versanken große Kampfpanzer bis zum Turm im Matsch.

Die Zeit für schnelle Großoperationen läuft also für beide Kriegsparteien ab, wobei der Klimawandel auch in der Ukraine für milderes Wetter sorgt. Die Meteorologen erwarten schon jetzt weniger Regen, im September waren am Schwarzen Meer noch hochsommerliche 30 Grad gemessen worden. Doch vergleichbar mit NRW ist der Winter in der Ukraine trotzdem nicht: Zu Beginn des Überfalls im Februar hatte es eine Kältewelle von nachts bis zu minus 20 Grad gegeben.

Für die Soldaten, die zurzeit häufig wie im Ersten Weltkrieg aus Schützengräben heraus kämpfen, ist das wechselhafte Wetter eine große Herausforderung. Erst laufen die Gräben voll, später ist der Boden so tief gefroren, dass Schanzarbeiten fast unmöglich werden. Im Herbst entlauben sich die Wälder, es gibt kaum noch natürliche Deckung. Und die Ukraine ist von ungezählten Wasserläufen mit teils hohen Steiluferr durchzogen, die noch dazu kein festes Flussbett und deshalb fast unpassierbare Uferbereiche haben. Sind die normalen Übergänge zerstört, können Schwimmbrücken oder Fähren darum nicht immer eingesetzt werden. Und für Brückenlegepanzer sind viele ukrainische Gewässer zu breit.

Die Russen in der Rolle als Angreifer wie einst die Deutschen und Franzosen haben jetzt den früheren Verbündeten Wetter gegen sich, dazu die schwierige Geografie: Die Ukraine ist zweimal so groß wie Deutschland, Nachschubwege sind lang. Die Flussufer auf westlicher Seite liegen teils 50 Meter höher als auf der östlichen, was ebenfalls die Verteidiger begünstigt. Außerdem überra-

INFO

Russische Streitkräfte räumen weiteres Gebiet

Rückzug Nach dem Abzug aus der Stadt Cherson gibt es Anzeichen dafür, dass die russischen Streitkräfte weiteres Gebiet räumen. Auf Videomaterial vom Dienstag war zu sehen, wie Ortschaften am Ostufer des Dnipro und weiter östlich geräumt sind. In Oleschky, das gegenüber von Cherson liegt, wurden Bilder von verlassenen russischen Bunkern gezeigt. Die von Russland installierten Behörden erklärten, sie würden sich auch aus Nova Kachowka weiter östlich am Ufer des Flusses zurückziehen.

Strategie Eine Sprecherin des ukrainischen Militärs sagte, es sehe ganz danach aus, dass die russischen Truppen etwa 15 bis 20 Kilometer östlich des Dnipro Stellung bezögen, um sich besser gegen Angriffe verteidigen zu können. Die russischen Streitkräfte seien aber immer noch in der Lage, von ihren Positionen aus Cherson mit Raketen zu erreichen.

Bewertung Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg warnte davor, Russlands militärische Fähigkeiten nun zu unterschätzen. „Wir haben gesehen, dass Russland bereit ist, hohe Verluste in Kauf zu nehmen“, sagte er am Rande eines Treffens der EU-Verteidigungsminister in Brüssel. (dpa/rtr)



Ein zerstörter russischer Panzer in der Provinz Cherson.

FOTO: DPA

schen die taktischen Fehler und Ausrüstungsmängel der russischen Streitkräfte die westlichen Experten immer wieder, war doch die Rote Armee einst für den Kampf im Winter optimiert. Aber die Bilder aus der Geschichte gleichen sich: Napoleons und Hitlers Soldaten hatten keine Winterbekleidung, von hastig an die Front geworfenen russischen Rekruten wird jetzt berichtet, sie müssten auf freiem Feld campieren und schützen sich provisorisch mit Plastikplanen.

Doch die früheren Angreifer besaßen weder Satellitenaufklärung, Nachtsichtgeräte, Kampfdrohnen oder weitreichende Raketen. Solche technischen Neuerungen, vor allem eine präzise Artillerie und eine allwetterfähige Luftwaffe, ermöglichen auch bei „Rasputiza“ Kampfhandlungen. Ist der Boden dann gefroren, können zumindest Kampf- und Schützenpanzer auf Kettenfahrzeugstell wieder angreifen. Eine Waffenruhe oder eine Winterpause wie in Afghanistan wird es also in der Ukraine nicht geben.

Aber wer einmal an einem Nato-Manöver im Polarwinter in Norwegen teilgenommen hat, der weiß, dass die Moral eine wichtige Rolle spielt. Ein Aufenthalt bei extremen Minusgraden oder im Dauerregen ist nur stundenweise möglich, und Truppen müssen sich an Städte und Dörfer als Basis anlehnen, um zumindest behelfsmäßigen Unterschlupf zu finden. Waffen und Gerät verschleifen deutlich schneller, die Batterien von Drohnen und Funkgeräten kapitulieren vor der Kälte, zudem lässt die körperliche Leistungsfähigkeit nach.

Unabhängig davon liegt das „Einfrieren“ des Krieges im russischen Interesse. Die mobilgemachten Soldaten müssen ausgebildet werden, es gilt, nachgeführte Waffen und Fahrzeuge aus Depots einsatzfähig zu machen. Moskau setzt deshalb offensichtlich auf die Demoralisierung der ukrainischen Bevölkerung und greift die zivile Infrastruktur bereits jetzt verstärkt mit Bomben und Raketen an.

WISSENSDRANG

Normalerweise drehen sich die „Midterm“-Wahlen in den USA um Innenpolitik und die Qualität lokaler Kandidaten. Aber ihr Ausgang hat oft weitreichende außenpolitische Konsequenzen. Diesmal auch für das Weiterbestehen der amerikanischen Demokratie. Davon wiederum hängt ab, ob andere Demokratien sich langfristig gegen aggressive Autokratien behaupten können. Militärisch ist Europa immer noch ein Zwerg. Ohne die USA gäbe es die Ukraine nicht mehr. Bei der letzten Präsidentschaftswahl in den USA wurde auf dramatische Weise deutlich, dass eine Zerstörung der Demokratie von innen nicht nur in Ländern mit einer so kurzen demokratischen Tradition wie der Deutschen Weimarer Republik möglich ist.

Hoffnung für die Demokratie

Das politische System in den USA ist stärker, als manche in Deutschland glauben.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

Auch eine extreme politische Polarisierung reicht aus, um den demokratischen Konsens zu untergraben, dass Macht auf friedliche Weise durch demokratische Wahlen übertragen wird. Trump ist mehr Symptom als Ursache dieser Polarisierung. Mit dem ehemaligen Präsidenten vertreten die Hälfte der republikanischen Politiker und die meisten ihrer Wähler heute die Mär von der gestohlenen Wahl. Entsprechend wächst die politisch motivierte Gewalt. Laut einer neuen Umfrage des Institute of Politics der University of Chicago ist jeder Dritte der Meinung, es könnte bald notwendig sein, gegen die Regierung zu den Waffen zu greifen. Jetzt gibt es ein Hoffnungszeichen: Die amerikanischen Wähler haben die Umfragen widerlegt, die einen Erd-

rutschsieg der Republikaner ankündigten. Normalerweise gewinnt die jeweils oppositionelle Partei die „Midterms“. Diesmal nicht. Das liegt nicht an der Begeisterung für den altersschwachen Präsidenten Biden. Die Wähler wollten nicht, dass Vertreter der Trumpschen Wahllüge bei der nächsten Wahl als Gouverneure Einfluss auf das Ergebnis nehmen. Sie haben für die Verfassung und das System einer demokratischen Machtübertragung gestimmt. Die unterlegenen Kandidaten haben das begriffen: Neue Vorwürfe der Wahlfälschung wurden nicht erhoben.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Infektionsbiologin Gabriele Pradel ab.